

... Folgen zu leisten ist und diese ungeheure Aufgabe auf die Organisationsbemühungen der KPD. übertragen ist, es wird nicht schwer zu erkennen, wer die „unverantwortliche Belastung“ ist, die zu propagieren und die Massen zu mißbrauchen sucht. Die Kommunisten brauchen nicht erst zu beweisen, daß sie es sind, die den Klassenkampf gegen den Zollwucher führen. Sie sind es seitdem — wie es die SPD. getan hat — mit Zollwucherpartei, wie dem Zentrum, durch die und durch gegangen.

Die KPD. erklärt, daß sie, wie jederzeit, die größten Kämpferrollen spielen wird, um die einheitliche Front der Arbeiterfront gegen die Reaktion auch nach außen hin in jeder Weise zu wahren. Die Prozeduren im Bezirksvorstand der SPD. und im Ortsausschuß des ADGB. mögen sich aber auch gelagert sein lassen, daß die kommunistischen Arbeitermassen durch keine noch so niederträchtige Beschönigung und Herausforderung sich von der gemeinsamen Kampforganisation abhalten lassen. Die proletarischen Kameraden im Reichsbanner werden sich ohne Zweifel ebenfalls nicht für den Strubwühl mißbrauchen lassen. Als Kampfglieder werden SPD. und ADGB.-Führer wohl nur jene Reichsbannerherden heranziehen können, deren Partei heute schon die beste Schutztruppe der Zollwucherer ist und deren Haltung die Hungerrevolte mit verschuldet.

Organisierte Steuerhabeorgane der Kapitalisten

Angesichts der überaus zahlreichen Fälle von Steuerhinterziehung und organisierter Sabotage der Steuerzahlung seitens der Besitzenden wurden bei der Beratung der Besteuerungsregeln im Ausschuß des Reichstages von den Kommunisten scharfe Maßnahmen beantragt; neben dem öffentlichen Buchprüfungsamt auch die Offenlegung der Steuerlisten. Diese wurden jedoch von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Das ist um so charakteristischer, als die Reichsregierung selbst über die unabweisbar gestiegene Steuerlast der bestehenden Klasse in allen Lokalen Klagen klagt.

Unter den Angriffen der Kommunisten hat die Regierung noch in der ersten Lesung dem Ausschuß eine Uebersicht über die durch den Buchprüfungsdienst nachgewiesenen Hinterziehungen vorgelegt. Trotz der noch höchst mangelhaften Organisation der Buchprüfung wurde immerhin eine Summe von 27 004 244 Reichsmark an hinterzogenen Steuern eingetrieben. Dort hat die Regierung, gleichfalls einem kommunistischen Antrag zufolge, dem Steuerauschuß auch eine Uebersicht über die Fälle vorgelegt, wo wegen Aufzehrung zur Steuerverweigerung auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. September 1922 von der Regierung Strafverfahren anhängig gemacht wurden. Die Uebersicht ist wiederum sehr lehrreich, denn sie bestätigt, daß in unserem wundervollen „Rechtsstaat“ die Steuerhabeorgane tatsächlich straflos sind.

Insgesamt wurden 27 Strafverfahren eingeleitet, 14 davon waren erfolglos, bei 13 Fällen erfolgte Verurteilung. Alle die Urteile solche Fälle von Steuerhabeorgane beurteilen, darüber ein paar Beispiele aus der Denkschrift der Regierung:

Ein Geschäftsführer einer Landbundorganisation, ehemaliger Regierungsrat, hatte zur Verweigerung jeglicher Steuerzahlungen und zum Widerstand gegen jede gewalttätige Steuerbeitreibung seitens der Landwirtschaft aufgefordert. Das Urteil lautete: Freispruch!

Ein Landwirt hatte durch die Zeitung aufgefordert, bei einer vom Finanzamt abgehaltenen Besteuerung nicht zu dienen. Schöffengericht: Freispruch. Berufung erfolglos. Eingeklagte Revision vom Generalfiskalanwalt auf Antrag des Landesfinanzamtes zurückgenommen, nachdem der Landbund in seiner Verbandszeitung eine das Landesfinanzamt betreffende Erklärung abgegeben hatte.

Ein Rittergutsbesitzer hatte am Schluß einer Kreislandbundsversammlung aufgefordert, keine Steuern mehr zu zahlen. Urteil: 300 Mk. Geldstrafe anstelle von 2 Monaten Gefängnis und 300 Mk. weitere Geldstrafe.

Der Geschäftsführer einer Landbundorganisation wurde wegen der Aufforderung zum Steuerstreik zu 150 Mk. (anstelle 1 Monat Gefängnis) und 150 Mk. weiterer Geldstrafe verurteilt. Ein Landdirektor erhielt wegen desselben Vergehens einen Monat Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe; auch hier wurde die Gefängnisstrafe in Geldstrafe umgewandelt.

Von den 13 Fällen, wo wegen solcher Steuerhabeorgane eine Verurteilung erfolgte, wurde in 10 Fällen die Gefängnisstrafe von 1 oder 2 Monaten in Geldstrafe umgewandelt; in einem 11. Falle wurde für den Monat Gefängnis Bewährungsfrist gegeben; in einem Falle wurde nur auf Geldstrafe erkannt. Und der einzige, der wirklich einen Monat drinnen mußte, war der Geschäftsführer eines Kreislandbundes, der in einem Rundschreiben die Steuerhabeorgane organisiert hatte.

Kann man sich bei solchen Urteilen wundern, wenn die Steuerhabeorgane der Herren von Industrie und Landwirtschaft immer schlimmeres Blühen treiben? Aber unser vortrefflicher „Rechtsstaat“ hat ja diese Sumpflilien selber gezüchtet; man kommt über gesunde Steuermoral, aber man tut nichts, um die Souverän zu lassen, die den Staat um Hunderte von Millionen betragen. Im Gegenteil! Der Reichsfinanzminister a. S. Schlieken vertritt den Standpunkt, daß den Besitzenden die Steuern ermäßigt werden sollen, damit sie bereitwilliger zahlen! Er ruft wirklich der Öffentlichkeit ein sehr großes Maß von Einfaß zu.

Den arbeitenden Massen führen wir diese Tatsachen vor Augen, um ihnen daran zu zeigen: das ist der Charakter der Kapitalistenrepublik. brutale Ausplünderung der besitzlosen Massen bis aufs Hemd, schamlose Steuerhinterziehung und Sabotage der Besitzenden nach Millionen. Auf zum Kampf gegen die Steuerhabeorgane des Bourgeoisentums!

Die „Befreiung“ des Ruhrgebiets

Die Zeitungen sind voll von Meldungen über die „Räumung“ des belagerten Gebiets. Die Sozialdemokraten, Sozialisten und anderen „Reichsbanner“- (wenn's ihnen dreißig geht) triumphieren und in ihrem Wüstenwortsprache ist es von den „geheimen Mitteln“ über den „Sieg der Vernunft“ und des „Gebahrens der Wüterichentum“.

Das eine ist richtig, das andere falsch. Die Wüterich. Die wütenden Massen oder Wüterich haben sich schon lange verabschiedet, gelang haben sie noch nicht, wenn auch immer keine Wüterich. und eben so keine Wüterich-Regierung mehr.

Wichtig ist, daß die „Räumung“ vernünftig behandelt, so notwendig, wie es ihnen kapitalistischen Verstand entspricht. So, wie vernünftig, von der französischen Regierung, im Ruhrgebiet einzusetzen, so ist eben „vernünftig“, dieses Ruhrgebiet jetzt wieder zu räumen.

Wichtig ist die Frage, in welchen, welche Gebiete werden räumt? Die Gebiete, die seit dem 11. Januar 1923 — angeblich gegen schändliches Vergehen — belagert wurden, werden räumt. Die sogenannten Gebiete, welche die im Mai 1923 nach dem Londoner Ultimatum belagert wurden, werden nicht räumt.

Gammelt Unterschriften für die Amnestie!

Die lächerliche Regierung gegen die Vollamnestie!

Im Reichsrat nimmt Geschie für den Amnestiebetrag der Reichsregierung!

Der Kampf um die Amnestie ist jetzt in sein entscheidendes Stadium getreten. Die von der Reichsregierung eingebrachte Amnestievorlage wird im Reichsrat verhandelt. Nur die preussische Regierung tritt für einige Verbesserungen in der Amnestievorlage ein. Aber selbst Preußen weigert sich, in die Amnestie die zu Justizvollstreckung vorbestimmten Klassenkämpfer einzuschließen. Die erwünschten Verbesserungsvoorläufe der preussischen Regierung — es handelt sich vor allem um die Einbeziehung der Landesverweigerer — werden selbst von der Reichsregierung, die unter ausschlaggebendem Einfluß der Sozialdemokratie steht, nicht angenommen.

Die Reichsregierung dokumentiert damit aufs Neue, daß sie längst in eine Front mit dem monarchistischen Strubwühl-Kabinetts eingeschwenkt ist.

An Stelle Amnestie neue Gefängniswärtern!

In Ludwigsfelde hat seit langen Monaten der Genosse Kru in Untersuchungshaft. Gegen die unbegründete Hinausschiebung seines Verfahrens und gegen die anderen Willkürakte der Justiz ist er in den Hungerstreik getreten. Seit über zehn Tagen führt er diesen Verweigerungskampf für seine berechtigten Forderungen durch.

Jetzt ist man dazu übergegangen, den Genossen Kru zwangsweise zu ernähren, man hat ihn deshalb ins Gefängnislager überführt. Der Staatsanwalt denkt aber nicht daran, trotz des äußerst bedenklichen Gesundheitszustandes des Genossen Kru, diesen aus der Haft zu entlassen. Man verschleppt weiter ganz willkürlich das Verfahren gegen den Genossen.

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Klassenjustiz die Verurteilung der gefangenen Genossen durch alle möglichen Schliche und Ränke steigern will.

Es gibt deshalb, den Kampf für die Vollamnestie gleichzeitig zu einem Kampf gegen den barbarischen Strafstoß zu gestalten!

Die Emmingerische Justizmaschine in Tätigkeit

Der frühere verantwortliche Redakteur der „Hamburger Volkszeitung“ erhielt Anfang Mai einen Strafbefehl in der Höhe von 550 Mk. Geldstrafe oder zwei Monaten Gefängnis.

Die Justiz wagt infolge der Emmingerischen Reformaktion dazu überzugehen, ohne jede Verhandlung und ohne jedes Anhören des Angeklagten einfach Strafen zu diktieren. Dieses Verfahren ist um so empörender, da der Strafbefehl wegen eines Artikels, den der Staatsanwalt Dr. Reuter im Urabst.-Prozess stark angegriffen, ergangen worden ist.

Es ist eine jämmerliche Methode der Klassenjustiz, sich der Verantwortung zu entziehen und eine Vergeltungsjustiz auf

wurden, werden vorläufig nicht geräumt. Immerhin besteht die Möglichkeit der Räumung und die Stätter des Wäpferkonzerns müssen bereits zu meiden, daß auch Düsseldorf und Duisburg die Freiheit wint!

Woher kommt plötzlich diese „passifistische“ Aktion, über die haltentlang gejubelt wird? Sie ist nichts weniger als passifistisch, sie zeigt nur eine tote Schwenkung, eine Umgruppierung an.

1. Die Franzosen führen in Marokko einen „Verteidigungskrieg“ gegen die einheimischen Stämme und werden von den Truppen Abd el Krimms hart bedrängt. Es ist klar, daß der französische Prolet kein marokkanisches Vaterland, „verteidigen“ muß. Die Truppen also, die im Rheinland abgerufen werden, gehen an die Marokkofront, um dort die Profite für die französische Bourgeoisie zu sichern.

2. Das Ruhrgebiet wurde besetzt, weil sich die deutsche und die französische Schwerindustrie nicht einig werden konnten über die Beilegungsfrage am deutsch-französischen Konflikt. Die Einigung ist jetzt erzielt, das europäische Eisenfortell ist gegründet. (Der „Vorwärts“ nannte das „europäische Schiffs- und Wirtschaftsgemeinschaft“)

3. Der Garantiepakt als politische Ergänzung des Dawespakt ist in Vorbereitung; Deutschland wird ihm beitrittet und der Entente gefeiert. Deutschland als Aufmarschgebiet für den Kampf gegen Rußland zu benutzen.

Warum soll also das Ruhrgebiet besetzt bleiben? Das verursacht Kosten, das bringt den „Verteidigungskrieg“ in Marokko wegen fehlender Truppen nicht zum „günstigen“ Abschluß, das ist unnötig, denn die deutsche Bourgeoisie hat sich mit der französischen geeinigt und dann, wenn man Deutschland wirtschaftlich durch den Dawespakt, politisch durch den Garantiepakt und den Beitritt zum Völkerverbund, militärisch durch die Genüherung des Durchmarschrechts in der Hand hat, ja dann wäre die französische Bourgeoisie verdammt unvernünftig, wenn sie weiter das Ruhrgebiet besetzt halten wollte.

Sie ist es nicht, sie ist „vernünftig“. Und damit die Arbeiter immer vernünftiger bleiben und nicht etwas dem „unvernünftigen“ Gedanken, daß kapitalistische Wirtschaft, ob unter französischer oder deutscher Hoheit ausgeübt, immer für die Arbeiterklasse schändlich oder schädlich ist, Ausdruck geben können, ruft die deutsche Bourgeoisie an Stelle der abrückenden französischen Soldaten die deutsche Polizei.

Sie rückt auch bereits ein. Der Polizeipräsident von Gelsenkirchen gibt zum Trotz der „vernünftigen“ Kapitalisten und ihrem Anhängel und zur Drohung für die „unvernünftigen“ Arbeiter bekannt, daß die veritene, die rufahrende, die verheiratete und die unverteiratete Schupo sofort einzusetzen werden. Die einen rücken ab, die andern an. Selbe schlichen „Ruhe und Ordnung“ und feste Disziplin. Woraus für die Arbeiter ersichtlich ist, daß ihr Kampf, der Klassenkampf weitergeht und weitergeführt werden muß bis zum Sieg!

Wenn das Herz vor Sonne bebt!

Nach ein Beitrag zur Kriegshetze der SPD.

Die „Ere nouvelle“, das ehemalige passifistische Organ des Sozialismus, macht heute in jeder der Kriegshetze, gegen Abd el Krim, gegen die französischen Kommunisten, gegen Krasin. Ein Herr Louis Dambians schreibt dort:

„Diese großen Vorkämpfer haben das Arab und die indische Bombardier. Das ist wohl eine Nachricht, die das Herz aller denen mit Wärme füllt, welche meinen, daß nur der Weltkrieg die Offensive der Rasse abbrechen kann. Die ehemals trübsinnigen SPD. Kreise, die mit allen Kräften den Kampf gegen den Sozialismus“ ergründen, die den neuen Weltkrieg gegen den russischen Arbeiterstand will, nicht den überflüssigen Versuch, den „Passifismus“ der „Ere nouvelle“ zu retten mit dem Hinweis, Herr Dambians sei ein „Reuter“. Als ob nicht die reaktionären Artikel des Wäpferkonzerns, die Artikel von Krasin und Genet ebenso blutige waren.“

dem Wege des Strafbefehls zu über, um unliebame Kräfte unerschütterlich zu machen!

Demonstration gegen die Gefängnisbarbaren!

Am Montag demonstrierte die kommunistische Jugend von 11 bis 12 Uhr vor dem Gefängnis in der Beinhardsstraße. In der Richtung auf das Gefängnis befinden sich zwei Jugendgenossen in Untersuchungshaft. Jeder ein Jahr hält man diese gefangen in Untersuchungshaft. Heute ist noch keine Entlassung erlangt worden. Die Genossen sind deshalb in ihrer Verzweiflung in den Hungerstreik getreten. Als die Demonstration vor dem Gefängnis revolutionäre Forderungen und ihre Sympathie mit den gefangenen Genossen durch laute Komposition zum Ausdruck brachte, schritt Sipo mit einem Haufen gegen die Demonstranten ein. Mehrere Jugendgenossen wurden verhaftet.

Stuttgart sammelt 12000 Unterschriften für die Vollamnestie an einem einzigen Nachmittage!

In Württemberg, wo die Klassenjustiz am brutalsten gegen das revolutionäre Proletariat gewütet hat, ist auch der Kampf der Arbeiterfront für die restlose Befreiung aller proletarischen Gefangenen am härtesten.

Die Stuttgarter „Rote Hilfe“-Organisation hatte am Samstagabend den 19. Juli eine allgemeine Hausorgansitation angelehrt. In wenigen Stunden konnten rund 12 000 Unterschriften allein in Stuttgart gesammelt werden.

In ganz Württemberg sind jetzt nahezu 40 000 Unterschriften auf den Listen der „Rote Hilfe“ gesammelt worden. Wenn man bedenkt, daß Württemberg bei der letzten Wahl rund 12 000 Wähler für die KPD. aufbrachte, so ist die Unterzeichnungskampagne ein Zeichen dafür, daß große Teile der Arbeiterfront aus ihrer Passivität erwacht sind und daß sie trotz der widerwärtigen Sabotage der Sozialdemokratie sich in eine Front mit den kämpfenden Proletariern für die Erzwingung der Vollamnestie stellen.

Das Stuttgarter Ergebnis muß aber allen Orten und Bezirken ein neuer Ansporn sein, mit noch größerer Eile das bisher den Kampf für die Amnestie aufzunehmen.

Neue Niederurteile

Leipzig, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Vor dem Staatsgerichtshof fanden die Stuttgarter Arbeiterkämpfer Maria Greiner und Hedwig Häbig, letztere wird bereits seit 10 Monaten in Untersuchungshaft festgehalten. Die Genossinnen sollen Kurierdienste ausgeübt haben. In Jena langierten der Spiegel Röntgen und der Vertreter Freiheitlich. Sie konnten nichts Positives anliegen. Richter verhängte die Verantwortung der Fragen des Verteidigers. Das Urteil gegen die Genossin Greiner lautete auf 8 Monate Gefängnis, gegen die Genossin Häbig auf 6 Monate Gefängnis.

Es wird heute nur offenbar, welcher Schwindel der „passifistische“ Linksblock war. Im September vorigen Jahres heizen Herrist und der „Sozialist“ Paul Boncourt in Genf um die Wette zum Krieg gegen Rußland. Die „Arbeiterregierung“ MacDonalds ließ Bomben abwerfen in Palästina, in Mesopotamien, in Arabien, in Indien. Und heute gibt die „Ere nouvelle“ den „passifistischen“, „humanitären“ Gefühlen solcher Reiter Raum, deren Herz vor Wonne bebt, wenn die französischen Ausbeuter Giftbomben auf die friedlichen Häuten der arabischen Eingeborenen abwerfen lassen — „reichlich!“

„Einer mußte der Klutuch sein.“ sagte der Arbeiter-schlichter Klose. Den klututuchigen, kriegsheberischen Kurs friedens- und Garantiepolitikaltern der SPD. rufte die deutsche Proletariat voll Empörung entgegen:

Ründigung der Eisenbahnerarbeit

Berlin, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Eisenbahngewerkschaften der Eisenbahnarbeiter haben beschlossen, von der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft abgehenden Lohnvertrag am 31. August zu kündigen. Die Gewerkschaften verhandeln nun untereinander zwecks Ründigung des Tarifvertrags. Durch Abkündigung neuer Verträge hoffen die Gewerkschaften, allgemeine Erhöhung der Löhne zu erzielen.

Legitarbeiterausperrung in England

London, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Arbeiter haben beschlossen, 250 000 Legitarbeiter auszusperren.

Neue englische Kriegsleistungen

Berlin, 23. Juli. (Telunion.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus London: Der Kampf um das neue Flottenprogramm hat eine überraschende Wendung genommen. Während bis jetzt die von dem Schatzkanzler Churchill geübte Sparpolitik im Kabinett beharrt, ist in der 7-jährigen Kabinettsregierung eine passive Schwenkung eingetreten, so daß der Rüstungsminister Bridgman einen vollen Sieg davongetragen hat. Er hatte den von 3 Kreuzern in diesem Jahre, sowie die Garantie verlängert, daß im nächsten Jahre 4 weitere Kreuzer gebaut werden. Dieses Rüstungsprogramm der Admiralität wurde gestern vom Ministerrat genehmigt.

Hilfsaktion der KPD. für China

Wie an Amsterdam, hatte die KPD. sich auch an die KPD. Generalratsinternationale in Moskau mit dem Antrag gewandt, eine allgemeine Hilfsaktion für die streikenden Arbeiter in China einzuleiten.

Während die Amsterdamer sich ausschweigen und sich Erklärungen einholen wollen, ist jetzt folgendes Telegramm aus Moskau bei der KPD. eingegangen:

„Die KPD. Generalratsinternationale solidarisiert sich mit eurer praktischen Initiative zur Hilfsaktion für streikende chinesische Arbeiter und appelliert an die gesamte kommunistische organisierte Arbeiterfront, ihre Hilfe mit euren Maßnahmen zu verbinden, um einheitliche und starke Hilfe dem kämpfenden chinesischen Proletariat zu sichern.“

Zur Lage in Marokko

Telunion meldet: Paris, 22. Juli. General Krasin bei Kabul verlassen, um sich nach Fez zu begeben. — Heber der Kampflage schreibt der Berichterstatter des „Temps“, es sei höchste Zeit, daß in dem Kampfgebiet Verbesserungen eintreffen, da die Stämme in den kultivierten Gebieten von einem 20 Stunden unruhiger wachen. Nach dem amtlichen Kampfbericht hat sich der Feind in der Nähe von Mendibia Krasin eingestellt. In der westlichen Zone ist es ruhig. In der östlichen Zone hat der Feind keine Streikkräfte in Tätigkeit zu setzen.